



Die fleischverarbeitende Industrie führt dazu, dass auch in Rietberg Werkvertragsarbeiter leben. Pläne des Caritasverbands sehen eine interkommunale Fachstelle für Osteuropäer vor. Das Vorhaben wurde im Rietberger Schul- und Sozialausschuss vorgestellt. Bild: dpa

„Absolut großes Integrationsproblem“

Von unserem Redaktionsmitglied
SUSANNE SCHULTE-NÖLLE

Rietberg (gl). Das Thema Werkvertragsarbeit ist in der Region eng mit der fleischverarbeitenden Industrie verbunden. Deren Zentrum markiert der Tönnies-Konzern mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück. Die Nachbarkommune Rietberg ist deshalb aber nicht außen vor. Auch dort leben Werkvertragsarbeiter – aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen zumeist in prekären Verhältnissen und oft der deutschen Sprache nicht oder nur unzureichend mächtig.

Eine interkommunale Fachstelle soll den Osteuropäern künftig als

Anlaufstelle dienen. Das sehen Pläne des Caritasverbands für den Kreis Gütersloh vor. Vorstandsmittglied Volker Brüggjenjürgen warb beim jüngsten Schul- und Sozialausschuss für die Idee. Das Projekt ist demnach auf eine Laufzeit von zunächst zwei Jahren ausgelegt. Die Gesamtkosten von 280 000 Euro sollen sich die beteiligten Kommunen Rietberg, Langenberg und Gütersloh teilen. Die Stadt der schönen Giebel würde 10 000 Euro per anno beisteuern, Gütersloh 20 000 und Langenberg 7500. Mit 150 000 Euro fließt bei Umsetzung des Vorhabens das Gros des Betrags aus Fördertöpfen des Landes.

Angedockt werden könnte die Fachstelle in Rietberg an die Koor-

dinationsstelle der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe. Das Ziel: Werkvertragsarbeiter und ihre Familien sollen umfangreich über ihre Rechte und Möglichkeiten aufgeklärt werden. Hinzu kommen bei Bedarf eine psychosoziale Beratung, eine Begleitoption bei Behördengängen, die Unterstützung der Familienmitglieder beim Erwerb der deutschen Sprache sowie offene Treffpunktangebote wie etwa ein Elterncafé.

Zwei Fachkräfte sollen dafür zu Beginn für das Gesamtprojekt zur Verfügung stehen. „Mindestens ein Drittel davon möchte ich nach Rietberg bringen“, stellte Brüggjenjürgen dem Gremium in Aussicht. Sie werden gebraucht, wie er mit

Blick auf die Statistik deutlich machte. So leben in der Emskommune 856 volljährige Polen, 778 Rumänen und 62 Bulgaren. Ein Großteil von ihnen sei als Werkvertragsarbeiter in der Fleischbranche tätig, erklärte der Caritas-Vorstand auf Nachfrage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Marco Talarico. Und viele hätten minderjährige Kinder, die die prekären Wohn- und Lebensverhältnisse miterleben müssten.

„Das ist keine Herausforderung mehr – wir sprechen hier von einem absolut großen Integrationsproblem“, hob Volker Brüggjenjürgen noch einmal die Dringlichkeit des Problems heraus. Dafür erntete er breite Zustimmung aus den Reihen der Ausschussmitglieder.